

Gemeinsam für mehr Wohnungen

Kongress in Hanau sucht nach Lösungen für Frankfurt und Rhein-Main

VON PETER HAWACK

Einem besseren Ort hätte man sich kaum aussuchen können, um über Wohnungsbau zu reden: Hanau wächst so dynamisch wie keine andere Stadt in der Region. Militärflächen wurden zu Wohngebieten, die Innenstadt wurde und wird gerade durchrenoviert, schon stehen die nächsten Areale zur Entwicklung an. Bald wird die 100 000-Einwohner-Marke überschritten.

„Schaffen wir die Wohnungswende?“ lautete die Leitfrage des Kongresses „Frankfurt-Rhein-Main baut!“ am Mittwoch, zu der die Verbände der Immobilien- und Wohnungswirtschaft sowie der Regionalverband nach Hanau eingeladen hatten. Es geht darum, angesichts des anhaltenden Zuzugs in den Ballungsraum neuen, und - wie in allen Debatten betont - bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Doch auch das Dilemma ist schnell beschrieben. Hanau

Bürgermeister Axel Weiss-Thiel (SPD) nennt es die „Wachstumschmerzen“, wie es sie praktisch in jeder Kommune der Region gibt: „Die Bürger fürchten bei der Innenentwicklung, dass ihre Stadt dichter und damit enger wird. Sollen neue Flächen ausgewiesen werden, sind sie skeptisch, weil Freiraum im Außenbereich verloren geht“, berichtet Weiss-Thiel. Und dann kommt noch die Frage: „Kann die Stadt auch die soziale Infrastruktur für das Wachstum hinkommen?“

Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) mahnte, es müsse darum gehen, die Region auf Dauer lebenswert zu erhalten. „Gleichzeitig werden wir neue Baugebiete brauchen, das wird so sein“, sagte er. Er warb dafür, als Region gemeinsam die Wohnungswende zu schaffen. Sein Konzept vom „Großen Frankfurter Bogen“ sieht vor, dass entlang von Schienenwegen quer durch den Ballungsraum Wohnungen entstehen sollen. 40 000 könnten

durch Verdichteten bestehender Gebiete geschaffen werden, viermal so viele aber müssten auf neuen Flächen entstehen. Verbandsdirektor Thomas

Horn (CDU) forderte die Kommunen auf mehr zu tun. Ein Wachstum von einem Prozent im Jahr lasse sich durchsetzen, aber viele Dezernenten und Bürgermeister scheuten die Ausweisung neuer Baugebiete, weil sie um Wählerstimmen fürchteten.

„Wir haben in Offenbach enorme Zuwachsraten, tun uns aber schwer damit, entsprechende Kapazitäten an Schulen aufzubauen“, erklärte Stadtrat Paul-Gerhard Weiß (FDP). „Die Entwicklung Frankfurts schwappt zu uns rüber.“ Verdichtung finde längst statt, ein großes Problem aber sei die Verkehrskapazität. „Wir gehen unter, wenn die geplanten Projekte nicht zügig verwirklicht werden“, mahnte er mit Blick auf Vorhaben wie die nordmainische S-Bahn oder die Regionaltangente West.

Frankfurts Baudezernent Milke Josef (SPD) sagte, es gebe kein Ideenproblem für den Bau neuer Wohnungen, sondern ein Umsetzungsproblem. Er beklagte, es gebe zu viele Restriktionen, um Ideen auch schnell umzusetzen. Doch liegen die Hindernisse auch an anderer Stelle. In der Platensiedlung seien durch Aufstockung bestehender Gebäude 600 Wohnungen geschaffen worden. Aber das Projekt habe länger als nötig gedauert, weil eine Schule erweitert werden musste, wofür die Stadt keinen Platz gefunden habe.

Mehr bezahlbares Bauland, flexiblere Bauvorschriften und schnellere Genehmigungsverfahren forderte Axel Tausendpfund, Vorstand des Verbands der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft. Die Anstrengungen der Kommunen dürften nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch immer mehr Wohnungen gebraucht würden, als gebaut werden.